Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 217 — Nr. 65 a

Bezugspreis: vom 16.–31. 3. 24 1.20 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Geschäftsstelle Halle-Saale Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig [illegible]512.

Halle-Saale — Sonntag, 16. März 1924

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile: 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familienanzeigen 4 Pfennig. Stellengesuche 3 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Grund-Reklamezeile 40 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Das Urteil im Parchimer Mordprozeß

Mehrjährige Zuchthausstrafen

Der Parchimer Mordprozeß

Leipzig, 15. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Parchimer Mordprozeß verkündete der Staatsgerichtshof heute abend folgendes Urteil:

Der Angeklagte Höß wird wegen schwerer Körperverletzung und gemeinschaftlichen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Zabel zu 9 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Zens zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Pfeiffer zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Wiemeyer zu 12 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Jurisch unter teilweise mildernden Umständen zu 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Bei allen diesen Angeklagten werden 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Der Angeklagte Bormann wird wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung und wegen Begünstigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, Fricke wegen Begünstigung zu 10 Monaten Gefängnis, Hoffmann, Thomsen, Mackensen, Wulbrede und Richter zu je 6 Monaten Gefängnis. Auf die Strafen wird bei Fricke 4, bei Hoffmann 3, bei Thomsen, Mackensen und Richter je 4 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Zur Begründung führt der Vorsitzende u. a. folgendes aus: Die Angeklagten gehören sämtlich einer Organisation an, die sich auf deutschvölkischer Grundlage gebildet hat. Sie haben in der unmenschlichsten Weise auf Kadow eingeschlagen, und zwar auf den Kopf, teils mit Stöcken und teils mit der Faust, Höß sogar mit einem Baumstamm. Was Jurich anlangt, so war zweifelhaft, ob er zurechnungsfähig gewesen ist. Das Gericht hat aber verminderte Zurechnungsfähigkeit angenommen und die Gutachten der Sachverständigen als Grundlage dienen lassen. Was das Verbrechen anbelangt, so hat der Staatsgerichtshof angenommen, daß der Totschlag nicht mit Ueberlegung ausgeführt worden ist, wie die Anklage annimmt, sonst hätte auf Mord und Totschlag erkannt werden müssen.

Nach dieser Rede stellt der Oberreichsanwalt den Antrag auf erneute Verhaftung des einmal vorübergehend verhafteten Angeklagten Bormann. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab. Hierauf läßt aber der Oberreichsanwalt den Angeklagten Bormann wegen Fluchtverdachtes von sich aus festnehmen und abführen.

Radio-Reklame der Großen Koalition

Drahtlose Wahlpropaganda der Großen Koalition

Berlin, 15. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Eine mysteriöse Unternehmung scheint sich in Berlin in der letzten Zeit fest in den Sattel gesetzt zu haben, um nunmehr ihre gefälligen Dienste den linksstehenden Parteien für den Wahlkampf anzubieten. Das Unternehmen segelt unter der merkwürdigen Flagge „Drahtlos-Dienst A.-G. für Buch und Presse“. Alleiniger Geschäftsführer ist der sozialdemokratische Abg. Heilmann, der bekannte Herausgeber der politisch-parlamentarischen Nachrichten. Die Entstehung fällt in die Regierungszeit des Reichsinnenministers Dr. Sollmann, der seinen Referenten für Presse- und Verkehrsangelegenheiten Ministerialrat Dr. Haentzschel, zum Aufsichtsratsvorsitzenden dieser Gesellschaft bestellt hat. Ueber die Verteilung des Kapitals ist näheres nicht bekannt, doch hat man die preußische Große Koalition insofern in den Dienst der Angelegenheit gespannt, als je ein Landtagsabgeordneter der vier Regierungsparteien dem Verwaltungsrat angehört. Ursprünglich sollte mit dieser Gesellschaft der amtliche preußische Presseapparat und eine amtliche Parlamentsberichterstattung verbunden werden. Inzwischen hat die Gesellschaft ein reiches Betätigungsfeld in der Beeinflussung und Beaufsichtigung aller in Deutschland vorhandenen oder noch entstehenden Unterhaltungs-Rundfunkdienste gefunden. Wie erst jetzt bekannt wird, hat es der Reichsinnenminister Sollmann verstanden, dieser Heilmannschen Gesellschaft Anteile, Sitz und Stimme in allen Gesellschaften im Reich zu verschaffen, welche die Programme der Rundfunkveranstaltungen herstellen. Insbesondere mußte der Gesellschaft in allen Fällen die Berufung des politischen Redakteurs für den Unterhaltungsfunkdienst eingeräumt werden. So ist also, anscheinend unter Billigung der gegenwärtigen Regierung, das neuzeitlichste Mittel der Wahlpropaganda den Sozialdemokraten in die Hände gespielt worden. Es ist unter allen Umständen zu verlangen, daß dieses politische Rundfunkmonopol unverzüglich beseitigt wird und daß Gelegenheit für die Berücksichtigung aller politischen Interessen geboten wird. Im übrigen wird die Regierung die Akten über diese mysteriöse Angelegenheit der Oeffentlichkeit nicht länger vorenthalten können, damit diese sich ein Bild machen kann, ob hier tatsächlich mit wichtigsten politischen Interessen Schindluder getrieben wird.

Einmütige Ablehnung der „Nationalliberalen Vereinigung“

Berlin, 15. März.

Der zum 15. März nach Berlin einberufene Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm zu der in der Presse veröffentlichten Gründung einer „Nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei“ Stellung. Mit Ausnahme eines einzigen im Auslande weilenden Mitgliedes war der Parteivorstand vollzählig erschienen. Der Parteivorstand bestätigte einmütig die bereits am 13. März von den in der Reichshauptstadt weilenden Mitgliedern des Parteivorstandes abgegebene Erklärung und stellte erneut einstimmig fest, daß die Duldung einer politischen Sonderorganisation in der Partei unmöglich und für die Partei untragbar sei. Die aus dem Lande eingelaufenen zahlreichen Kundgebungen, die sich ausnahmslos gegen diese Zersplitterung in der Partei wenden, zeigen, daß die Organisationen im Lande auf demselben Boden stehen wie der Parteivorstand.

Die parlamentarischen Arbeiten in Preußen

Berlin, 15. März.

Ueber die parlamentarischen Arbeiten in Preußen erfahren wir: Der am kommenden Dienstag wieder zur Plenarsitzung zusammentretende Landtag wird nur kurze Zeit zusammenbleiben, da der Haushalt für 1924 noch nicht zur Beratung gestellt werden kann. Vor allem sollen zur Erledigung kommen die Abstimmungen zu den Anträgen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen über die Dampfkesselaufsicht und über die einstweilige Einstellung der Maßnahmen gegen die Kesselüberwachung, ferner die neuen Kirchenverfassungsgesetze sowie das Ausführungsgesetz zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

Der Preußische Staatsrat wird am 26. März seine nächste Plenarsitzung abhalten. An wichtigem Beratungsstoff sind zu nennen: die Ausführungsbestimmungen zum Schupo-Gesetz, sowie das Vermögensgesetz für die katholische Kirche. Der Haushalt wird voraussichtlich erst Anfang April den Staatsrat beschäftigen und zwar den Hauptausschuß, sodann die Plenarversammlung. Es ist kaum damit zu rechnen, daß der Haushalt vor dem 15. April an den Landtag zur Beratung gelangt.

Die Beamtengehaltserhöhungen

Berlin, 15. März.

Die in den letzten Tagen in die Presse gelangten Nachrichten über das Stocken der Verhandlungen wegen Erhöhung der Beamtenbezüge ab 1. April haben, wie vom Landesverband der höheren Beamten Preußens geschrieben wird, eine ungeheure Erregung auch in der preußischen höheren Beamtenschaft hervorgerufen. Noch immer liegen die Preise der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel über Friedenshöhe, aber die in Aussicht gestellte Erhöhung der Gehälter ist ausgeblieben. Fortschreitende Verelendung und Verschuldung der Beamtenschaft mit ihren für den Staat verderblichen Folgen sind das Ergebnis. Diesen Zuständen muß im Interesse der Beamtenschaft sowohl wie des Staates ein schleuniges Ende gemacht werden. Hierzu bedarf es nicht nur etwa eines Ausgleiches für die gestiegenen und weiter steigenden Mieten, sondern einer durchgreifenden Erhöhung der Beamtenbezüge. Unstimmigkeiten zwischen dem Reich einerseits und den Ländern sowie Gemeinden andererseits wegen Verteilung der Steuern können keinen Grund dafür abgeben, daß man sich dieser gebieterischen Pflicht noch länger entzieht.

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten zur Neuregelung der Fürsorge

Berlin, 15. März.

Der Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Sitz Berlin, veranstaltete gestern nachmittag unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern des Magistrats, der maßgebenden Faktoren der Fürsorge und Wohlfahrtspflege sowie der politischen Parteien im Stadtverordneten-Sitzungssaale eine Fürsorgekonferenz, die zu der neuen Regelung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge Stellung nahm. Nach dieser Neuregelung, die von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes verfügt worden ist, soll die bisher zu den Aufgaben des Reiches gehörende Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge in die allgemeine Wohlfahrtspflege der Länder und Gemeinden eingeschmolzen werden. Verbandsvorsitzender Becker-Leipzig betonte einleitend, daß die Kriegsbeschädigtenorganisationen trotz ihrer Proteste gegen diese Neuerung wenig Verständnis bei der Regierung und beim Reichstage gefunden hätten. Trotzdem die berufenen Interessenvertreter der Kriegsopfer diese vorgenommene Regelung der Verschmelzung ablehnen, seien sie doch gewillt, da man sich auf den Boden der realen Tatsachen stellen müsse, an dieser Neuregelung mitzuarbeiten. Er präzisierte die Forderungen der Kriegsbeschädigten dahingehend, daß die bisher aus dem allgemeinen Rahmen der Fürsorge herausgenommene Sonderfürsorge für die Kriegsopfer nicht herabgedrückt und eingeengt werden darf, sondern daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge das Mindestmaß für die allgemeine Fürsorge darstellen und richtunggebend für einen weiteren Ausbau sein müsse. Vor allen Dingen müßten die bisher geltenden Rechte des Beschwerdeweges und des Mitbestimmungsrechtes in Gestalt der Beiräte zum mindest erhalten bleiben. Das Recht der weiteren landesgesetzlichen Regelung dürfte nicht ausschließen, daß der verwaltungstechnische Aufbau in den verschiedenen Ländern verschieden sei. Die Kriegsbeschädigten forderten ferner, daß die bisherigen Hauptfürsorge- bzw. Fürsorgestellen als Landes- bzw. Bezirksfürsorgeverband weiter bestehen bleiben, wie dies der süddeutsche Entwurf vorsehe. Der Redner beschäftigte sich dann eingehend mit dem preußischen Entwurf, der die Hauptfürsorgestellen nicht erhalten wolle, was für die Kriegsbeschädigten unannehmbar sei. Des weiteren müsse gefordert werden, daß die bisherigen geschulten Kräfte erhalten blieben, und daß es sich bei der Neuregelung um keinen Abbau der Kriegsbeschädigtenfürsorge handeln dürfe. Ebenso protestierten die Kriegsbeschädigten für die Einführung der Arbeitspflicht für Kriegsbeschädigte. Obermagistratsrat Dr. Liebrecht von der Hauptfürsorgestelle Berlin legte den Standpunkt dieser Behörde dar. Er betonte, daß die Hauptfürsorgestellen infolge der Finanznot des Reiches oft nicht mehr die innere Berechtigung hätten, weiter bestehen zu bleiben. Er stellte sich aber gleichfalls auf den Standpunkt, daß die bisherigen Erfolge der Kriegsbeschädigtenfürsorge bei der Einschmelzung in die allgemeine Fürsorge verwandt werden müßten. Vor allem hob er hervor, daß es ein glücklicher Gedanke sei, die Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte in den neuen Entwurf mit aufgenommen zu haben. Nachdem sich Landrat Graf Rotkirch von der Fürsorgestelle Brandenburg über die dortigen Verhältnisse geäußert hatte, fand eine Aussprache statt, in deren Verlauf Vertreter der verschiedensten politischen Parteien zu dieser Frage Stellung nahmen.

Die Sitzungen der Sachverständigen

Paris, 15. März.

(Von unserem eigenen Berichterstatter.)

Wie Havas berichtet, hat der Bankausschuß des ersten Sachverständigenkomitees gestern nachmittag eine zweite Sitzung abgehalten. In der Frage der Goldnotenbank bleiben nur noch zwei oder drei Punkte zu regeln, im übrigen sind die Arbeiten nahezu vollständig abgeschlossen. Eine neue Besprechung mit Reichsbankpräsident Dr. Schacht erscheint erforderlich. Für diese ist der nächste Mittwoch in Aussicht genommen. Der Unterausschuß tritt heute erneut zusammen, um sich mit der Eisenbahnfrage zu beschäftigen, für die bereits verhandlungsfertige Pläne vorliegen. Der Redaktionsausschuß hat ebenfalls gestern nachmittag seine Arbeiten fortgesetzt. Er tagt heute, und zwar ist jedes Mitglied für sich mit der Abfassung eines bestimmten Teiles der Berichte beschäftigt, die dann zunächst im Redaktionsausschuß erörtert werden sollen. Das Komitee Dawes hat außerdem gestern nachmittag eine Vollsitzung abgehalten, in der es sich mit Budgetfragen beschäftigte.

Die Gründe für Poincarés letzten Sieg im Senat

Paris, 15. März.

Poincaré hat im Senat eine Mehrheit von 30 bzw. 15 Stimmen davongetragen. Bei der letzten Abstimmung über die Wahlreform betrug die Majorität bekanntlich 16 Stimmen. Im „Echo de National“ zieht Tardieu Vergleiche und stellt ausdrücklich fest, daß die Regierungsmehrheit zurückgegangen sei. Man darf indessen nicht außer Acht lassen, daß eine Reihe regierungsfreundlicher Blätter, das „Echo de Paris“ allen anderen voran, mit einer Mehrheit von nur 10 Stimmen gerechnet haben. Was erklärt den Erfolg Poincarés? Es scheint, daß der Ministerpräsident im Verlaufe seiner ungewöhnlich schlagfertigen Rede es fertig brachte, die Senatoren über die wahre Tragweite der Ermächtigungsgesetze geschickt hinwegzutäuschen. Er betonte mit großem Nachdruck, daß Artikel 1 der Regierung eine nur vorübergehende Allmacht einräume und daß das Parlament nach Ablauf von vier Monaten alle zur Erzielung von Ersparnissen herausgegebenen Erlasse zu ratifizieren haben wird. Im übrigen ist nicht zu verkennen, daß die Frankenhausse die Stellung Poincarés beträchtlich verstärkte. **Auch scheint eine Reihe von Senatoren für den Fall einer Demission des Kabinetts Handstreiche von kommunistischer oder royalistischer Seite befürchtet zu haben. „Petit Bleu“ zieht daraus, daß die Blätter der Linken aus der geringen Mehrheit Poincarés Schlüsse auf die unsichere Stellung des Kabinetts ziehen werden.** Das Blatt erklärt, daß Waldeck-Rousseau nach Verlesen seiner Regierungserklärung nur drei Stimmen Mehrheit erlangte, **aber trotzdem drei Jahre am Ruder geblieben sei.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403162-14/fragment/page=0001
DFG

General v. Lossow erscheint nicht mehr

Der Hitlerprozeß

München, 15. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Um 12 Uhr wird die Oeffentlichkeit wiederhergestellt und in die

Vernehmung des Generals Danner,

des Münchener Stadtkommandanten, eingetreten.

Zeuge Danner berichtet über die Vorgänge und über das Zusammentreffen mit Lossow in der Stadtkommandantur in der Nacht **auf den 9. November.** Lossow sei außerordentlich zornig gewesen und habe sich in den schärfsten Worten geäußert über den „hundsgemeinen Ueberfall".

Vors.: Sie haben also den Eindruck gehabt, daß Lossow niemals ernstlich mitgetan hat?

Danner: Den Eindruck mußte ich haben und ich mußte deshalb annehmen, daß der Befehlshaber so eingestellt war, wie er auch am Tage vorher eingestellt war.

Erster Staatsanwalt **Stenglein:** Welche Einstellung haben Sie denn am 7. erfahren?

Danner: Bei der Offiziersbesprechung am 7. November hatte Lossow die Einstellung der Reichswehr einer Putschgefahr gegenüber schon dahin festgelegt, daß in diesem Falle die Reichswehr dagegenstehen werde.

Hitler: Würden die Herren, wenn Lossow gesagt hätte, um das Aeußerste zu verhüten, mache er mit, ihm Gefolgschaft geleistet haben?

Danner: Ich glaube, daß wir bei unserer ursprünglichen Entscheidung geblieben wären. (Große Bewegung.)

Die Verteidigung **kommt jetzt eingehend auf die Frage des Waffengebrauchs am 9. November mittags bei der Residenz zu** sprechen.

General **Danner erklärt** mit aller Entschiedenheit, daß der ausdrückliche Wille bestand, unter allen Umständen ein Blutvergießen zu verhüten.

Weitere Fragen **beantwortet der Zeuge** dahin: Wir hatten die Meldung erhalten, daß ein bewaffneter Zug im Anmarsch sei. Ein positiver Befehl zum Schießen wurde nicht gegeben. Die Frage, ob man nicht zweckmäßig einen Parlamentär nach dem „Bürgerbräukeller" hätte schicken können, beantwortete Danner damit: Das war nicht meine Sache, das war Sache des Befehlshabers. Als der Zug in die Stadt unterwegs war, wurde er uns als bewaffneter Zug gemeldet.

Als letzter Zeuge wird heute der Stadtrat Rechtsanwalt **Nußbaum** über die

Vorgänge im Rathaus am Marienplatz

und insbesondere über die Geiselverhaftungen vernommen.

Der Zeuge schildert, wie am 9. November vormittags ein Zug bewaffneter Nationalsozialisten in den Sitzungssaal des Rathauses eindrang. Einer der Eindringlinge riß den Bürgermeister Schmid hoch, ein anderer riß mich am Handgelenk und ich erhielt einen Gewehrkolbenschlag auf die linke Schläfenseite. Es wurde gesagt, daß binnen 24 Stunden alles vollstreckt sein würde. Wir wurden dann aus dem Rathaus auf den Marienplatz geführt, dort beschimpft, bespuckt, gestoßen, geschlagen und dann zum „Bürgerbräukeller" gebracht. Während wir dort standen, kam Hitler, der in einer Entfernung von etwa 10 Meter vor uns stand und zu uns hinübersah. Als wir im großen Saale waren, kam Ludendorff herein und fragte: Was ist mit diesen Leuten? Einer antwortete: Die sind vom Stadthaus. Darauf wurden wir in die Gruppen gestellt, die zum Marsch in die Stadt bestimmt waren. Vor unseren Ohren wurde erklärt: Wenn die Reichswehr schießt, dann werden die Gefangenen nicht niedergeschossen, dann werden sie einfach niedergeschlagen. Die Seitengewehre wurden hierauf aufgepflanzt. Nachdem die Beschimpfungen fortwährend weitergegangen waren, kam plötzlich der Befehl für uns, ein Lastauto zu besteigen. Die Fahrt ging nach auswärts durch den Perlacher Forst. In Höhenkirchen wurde gehalten. Die Munition wurde abgegeben und einer der Führer sagte: Wenn einer von Euch nur einen Schritt aus dem Lokal macht, wird er sofort niedergeschossen. Später erklärte man uns, daß wir frei sein würden, aber wir dürften nicht erzählen, wo wir zuletzt gewesen seien. Wir wurden dann wirklich entlassen, begaben uns zur nächsten Bahnstation und fuhren nach München zurück.

Der Vorsitzende verliest einen vom 15. März datierten Brief des Generals von Lossow, der zu den Aussagen des Angeklagten Hitler am gestrigen Nachmittag Stellung nimmt. Es heißt darin u. a.: Am 30. April vormittags waren die Herren Hitler, Kriebel und Röller zu einer Besprechung auf meinem Zimmer erschienen. Die mit Hitler zusammengeschlossenen Kampfverbände wollten die Maifeier der Sozialdemokraten unter allen Umständen unmöglich machen. Die Herren verlangten von mir für ihre Zwecke die Herausgabe von Waffen. In Anbetracht der Lage am 30. April habe ich die an mich gestellte Forderung abgelehnt. Ich hätte töricht oder verbrecherisch sein müssen, wenn ich als Träger der staatlichen Macht diesen Leuten Waffen in die Hand gegeben hätte. Nur ein ganz törichter Mensch kann in einem Verhalten am 30. April Wortbruch oder Ehrenwortbruch erblicken. Leutnant Berchem, der bei dieser Besprechung anwesend war, wird in der Lage sein, diese Ausführungen eidlich zu erhärten.

Hitler erklärt hierzu: Ich bedauere noch einmal, daß mir gestern das Wort entfahren ist. An der Sache selbst hindert das aber nichts. **Der Herr General hat sein Wort gegeben, aber nicht gehalten, also gebrochen.** Warum ich das gestern hier sagte, war eine Folge der neuen Beleidigungen, die mir der Herr General in diesem Saal zufügte.

Rechtsanwalt **Gademann** stellt den Antrag, den Beschluß des Gerichts durch die zweite Verurteilung Lossows zu einer Geldstrafe dahin zu ändern, daß gleichzeitig ein Vorführungsbefehl erlassen wird, damit Lossow auf jeden Fall am Montag erscheint. Die Verteidigung könne auf die Zeugenschaft des Generals nicht verzichten. Es müßten insbesondere die Zusammenhänge aus der Zeit vom 22. Oktober bis Ende November geklärt werden, da die heutigen Aussagen des Zeugen Schierach ein ganz neues Bild ergeben hätten. Rechtsanwalt Holl und Dr. Götz unterstützen den Antrag.

Oberstleutnant **Kriebel** erklärt, daß er seine Aussagen über die Vorgänge am 1. Mai nur in geschlossener Sitzung machen könne.

Staatsanwalt **Ehardt:** Das, was am 1. Mai geplant war, ergibt sich mit absoluter Klarheit aus dem Beweismaterial, das die Staatsanwaltschaft leider in den letzten Tagen in die Hände bekommen hat. Ich möchte dem Gericht das Protokoll übergeben. Wenn das Gericht Wert darauf legt, zu wissen, was am 1. Mai geplant war — nicht von Lossow, sondern von der anderen Seite —, so bitte ich, das Protokollbuch als Beweismittel heranzuziehen und vorzulesen.

Der Vorsitzende geht auf diese Aeußerung nicht weiter ein, sondern erhebt sich von seinem Platz und erklärt: Die nächste Sitzung findet Montag ½9 Uhr vormittags statt.

Beleidigungsklage Hitlers gegen Dr. Schweyer

München, 15. März.

Der Hitler-Prozeß dürfte wohl noch einen Beleidigungsprozeß Hitlers gegen den bayrischen Minister des Innern Dr. Schweyer nach sich ziehen. Im Hitler-Prozeß war wiederholt die Rede von einem Ehrenwort, das Hitler dem Minister des Innern gegeben haben und das Hitler gebrochen haben soll. Nun hat der Minister des Innern gestern der Presse eine Mitteilung zugehen lassen, in der der Minister den Wortbruch Hitlers ihm gegenüber mit allem Nachdruck betont. Hitler hat bereits seinen Anwalt beauftragt, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Das kann doch nichts anderes heißen, als die Beleidigungsklage einzureichen.

Der Zeigner-Prozeß

Leipzig, 15. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Im weiteren Verlauf der Vernehmung erklärt der Oberstaatsanwalt Schlegel, daß bei dem Trainbataillon mehrfach die Vernichtung der Akten vorgekommen sei und nennt als Zeugen dafür den Kaufmann Weiner in Chemnitz.

Die Frage des Rechtsanwalts Marschner, ob die Akten durch Zeigner vernichtet worden seien, wird vom Oberstaatsanwalt bejaht.

Der Zeuge Weiner teilt mit, daß er von der Staatsanwaltschaft telegraphisch geladen worden sei. Er ist 1918 beim Trainbataillon 19 eingezogen worden. In dieser Zeit habe ein Verfahren darüber geschwebt, ob er in Chemnitz Durchstechereien gehabt habe, was er übrigens als ein unbegründetes Verfahren bezeichnet. Zeigner, der damals die Amnestieakten bei der Trainabteilung geleitet hat, habe ihm dann um eine Aussprache gebeten, habe ihn nach seinen Vermögensverhältnissen befragt und bemerkt, der Kommandeur habe gesagt, daß Weiners Sache aus der Welt geschafft werden könne, wenn Weiner 3000 bis 5000 Mark flüssig machen könne. Dann könnten, hat Zeigner gesagt, die Akten vernichtet werden. Weiner ist aber nicht darauf eingegangen, da er ein gutes Gewissen hatte. Weiner erzählte das Erlebnis mit Zeigner später auf dem Chemnitzer Büro der Deutschen Volkspartei und trug es auch dem Justizminister Bünger vor. Der Zeuge erkennt Zeigner bestimmt wieder.

Rechtsanwalt Frick bemerkt, daß dieser Zwischenfall noch umfangreiche Beweisanträge zur Folge haben müsse. Er beantragt, den Major Tromper, früher beim Trainbataillon, als Zeugen zu vernehmen und beantragt, da der Oberstaatsanwalt das für unmöglich erklärt, die Vertagung des gesamten Prozesses. Diese Herren müsse man dahaben, man müsse darauf bestehen, daß der schwere Makel von Dr. Zeigner genommen werde, der durch die unvorhergesehene Ladung Weiners gekommen sei.

Dr. Frick fordert weiter die Ladung des Justizministers Bünger, des Rechtsanwalts Lenk-Chemnitz und verschiedener anderer Herren.

Oberstaatsanwalt Schlegel stellt fest, daß Major Tromper sich im Auslande, wahrscheinlich in der Schweiz, aufhalte. Die Verteidiger halten ihren Antrag aufrecht.

In der Nachmittagssitzung trug der Vorsitzende den Fall Brandt vor. Nach der Anklage soll Brandt in Propstheida, der wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideverordnung zu zwei Monaten Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, zwecks Berücksichtigung eines Gnadengesuches dem Zeigner 22 000 Mark in einem offenen Briefumschlag und außerdem eine Gans geschenkt haben. Ferner kamen noch die Angelegenheiten der Kaufleute Friedrichsen und Priborsky zur Sprache, die wegen Hehlerei zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. In dieser Sache soll Zeigner 3000 Mark, ein Brillantkollier und einen Brillantring genommen haben. Die Schmuckstücke sollten zurückgegeben werden. Möbius, der sie mit Frau Friedrichsen zu Zeigner gebracht haben soll, hat sie aber angeblich verkauft. Ferner trug der Vorsitzende den Fall Zacharias und Salomon Schmoler vor, in dem Zeigner — es handelte sich um die Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung — zahlreiche Geschenke angenommen und Pelzfutter zu sehr niedrigem Preise gekauft habe.

Als Zeuge wird zunächst Geheimrat Kundt vernommen, der frühere Leiter der Gnadenabteilung des sächsischen Justizministeriums. Der Vorsitzende fragt ihn, ob die Angaben über die Richtlinien für die Gnadengesuche, wie sie Zeigner gesagt habe, stimmen. Der Zeuge bestätigt dies. Im allgemeinen hätten die Richtlinien schon bestanden, aber man habe wohl hier noch größere Milde walten lassen. Die Gesuche seien vom Gesichtspunkte der Vernunft aus behandelt worden. Es seien sehr viel Sachen bei Zeigner vorzutragen gewesen. Zeigner habe dabei sehr gedrängt. Das Gesuch von Brandt ist vom Wirtschaftsministerium zweimal nicht befürwortet worden. Ob die Notiz Zeigners, daß Brandt bei ihm persönlich vorgesprochen habe, stimme, könne er nicht sagen. Das Wirtschaftsministerium ist schließlich einverstanden gewesen und das Gnadengesuch ist berücksichtigt worden. Der Zeuge hat bei der ganzen Angelegenheit nichts Auffälliges gefunden.

Nun entspann sich eine Debatte darüber, ob die Akter des Gnadengesuches durch persönliche Bemerkungen von Minister zu Minister oder von Ministerium zu Ministerium gehen müßten. Wie der Zeuge sagt, sind beide Wege üblich gewesen. In Sachen Friedrichsen/Priborski ist dem Zeugen die Strafe zu hoch erschienen. Zeigner habe ihm gesagt: Wollen Sie hier auch begnadigen?

Dr. Zeigner bemerkt, die damals verlangte Vorlegung der Fachakten beweise, daß er dem Gnadengesuch kritisch gegenübergestanden habe. Dr. Zeigner führt weiter aus, daß er oft bis nachmittags 4 Uhr mit der Bearbeitung der Gnadengesuche beschäftigt gewesen sei.

Der Zeuge bestätigt, daß sich die Gnadengesuche gehäuft haben. Im Falle Tromper habe Dr. Zeigner damals bemängelt, daß eine Entschließung, obwohl sie noch im Schoß des Ministeriums ruhe, schon draußen bekannt geworden sei. Zeigner sei der Meinung gewesen, eine Persönlichkeit im Ministerium sei daran beteiligt. Ob Zeigner gesagt hat, daß Möbius die Akten in seiner Wohnung eingesehen habe, kann Zeuge heute nicht mehr sagen. Ministerialdirektor Wulffen aus dem Justizministerium hat in der geschäftsmäßigen Behandlung der Fälle Friedrichsen und Brandt nichts gegen die legale Durchführung befunden. Die Gnadengrundsätze sind ungeschrieben. Es muß das Empfinden walten.

Die Frage des Oberstaatsanwalts, ob dem Minister sämtliche Gnadengesuche vorgelegt seien, wird vom Zeugen verneint. Die Entscheidung trafen meistens die Referenten und Dezernenten. Dem Zeugen sind auch einzelne Gnadenentschließungen Zeigners zu weit gegangen. Bei einer Frau, die zu Zuchthaus verurteilt und dann zu einer Gefängnisstrafe verurteilt war, ist Zeigner auch diese Strafe noch zu hoch erschienen.

Dann folgt die Vernehmung des Justizoberamtmanns Oppelt. Er bestätigt die Anhäufung der Gnadengesuche während Zeigners Amtstätigkeit. Zeigner hat oft von morgens bis spät abends gearbeitet, manchmal hat er gleich im Ministerium geschlafen.

Dr. Zeigner legt Wert auf die Feststellung, daß er ein schlechtes Personengedächtnis habe, daß er sogar längere Zeit die Mitglieder seiner eigenen Fraktion nicht gekannt habe.

Am Schluß der Sitzung zieht sich das Gericht noch zu einer langen Beratung über die Beweisanträge zurück. Es wird dann der Beschluß verkündet, daß vorläufig auf die Ladung des Majors Tromper verzichtet werden soll, ebenso auf die Ladung des Leutnants Ohlendorfer. Dagegen müssen die militärischen Akten in der Angelegenheit Weiner hier eingezogen werden. Außerdem sind u. a. für die nächste Woche Rechtsanwalt Dr. Melzer und Rechtsanwalt Graf geladen.

Der nächste Verhandlungstag ist Dienstag.

Krieg den Ratten

Wie sind Phosphorlatwerge und Meerzwiebelpräparate bei der Rattenbekämpfung zu bewerten?

Von Professor **Dr. H. Raebiger,** Halle.

Die hiesige Polizeiverwaltung hat bekanntlich für Sonnabend, den 22., und Sonntag, den 23. März d. J., eine allgemeine Rattenvertilgung in Halle angeordnet.

Ein behördliches Vorgehen gegen die Ratten ist sowohl vom hygienischen wie ökonomischen Standpunkt zu begrüßen, denn sie spielen nicht nur eine bedeutsame Rolle bei der Uebertragung menschlicher und tierischer Infektionskrankheiten, sondern schaden auch dadurch in erheblichem Maße, daß sie fortgesetzt unsere Nahrungsmittel-, Futter- und Erntevorräte plündern und durch Beschmutzung unbrauchbar machen. Hierzu kommen die großen Verluste, die sie zur Befriedigung ihrer Raubsucht in Kleintierhaltungen herbeiführen, ganz abgesehen von den Verheerungen durch ununterbrochene Wühl- und Nagearbeit. Eine Wanderratte kann durchschnittlich 350 Gramm bis 1 Pfund schwer werden. Derartige Tiere brauchen bei der ihnen eigenen Gefräßigkeit natürlich viel Nahrung und können eine verhältnismäßig große Kraft entfalten. Ferner fällt ihre starke Vermehrungsfähigkeit sehr ins Gewicht.

Eine Großvertilgung der Ratten ist daher eine dankenswerte Aufgabe, sie muß aber unter behördlicher Leitung und nach einheitlichen Gesichtspunkten mit Mitteln durchgeführt werden, die einerseits tödlich für Ratten, andererseits für Menschen und nützliche Tiere relativ unschädlich sind.

Die Polizeiverwaltung hat für diesen Zweck 3prozentige Phosphorlatwerge oder Meerzwiebelpräparate empfohlen. Daß Phosphor wirksam gegen die Ratten ist, wird niemand bezweifeln, denn er stellt ein starkes Gift dar, von dem ½ Gramm genügt, um Pferde und Rinder, 0,05—0,02 Gramm, um Schafe, Schweine und Hunde, 0,01—0,08 Gramm, um Katzen und Geflügel zu töten. So erklärt sich, daß beispielsweise im Anschluß an den Berliner Großkampftag gegen die Ratten außerordentlich viele Klagen von seiten der Tierhalter laut wurden, deren Bestände durch Aufnahme des Giftes schwer geschädigt worden sind, und daß in das Pathologische Institut der dortigen Tierärztlichen Hochschule damals auffallend viele Tiere eingeliefert wurden, die an Phosphorvergiftung zugrunde gegangen waren. Noch deutlicher sprechen die Zahlen der Dresdener „Erfolgsanzeige". Es kamen an 22 131 Stellen Phosphorlatwerge, an 252 Stellen andere Gifte durch Kammerjäger und an 228 Stellen Mittel durch Hausbesitzer zur Auslegung. Es konnte jedoch nur an 5784 Stellen nachgewiesen werden, „daß die ausgelegten Gifte befressen worden sind."

Die Phosphorlatwerge ist von den Ratten also nicht einmal gern genommen worden, außerdem hat sich nach den Berichten des Dresdener Wohlfahrtspolizeikommissariats selbst bei der unter amtlicher Aufsicht durchgeführten Großtilgung nicht vermeiden lassen, daß neben 1092 aufgefundenen Rattenkadavern 72 Haustiere infolge der Giftaufnahme zugrunde gingen. Das bedeutet im Verhältnis zu den vergifteten Ratten einen Verlust von 6,68 % nützlicher Tiere! Dieselben Beobachtungen sind in unserer Provinz im Laufe der Jahre immer wieder gemacht worden. Die Verluste erstreckten sich nicht nur auf Hunde, Katzen und Geflügel aller Art, sondern auch auf Schweine, Ziegen und Rinder. Wenn die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in ihrem Gutachten vom 11. Februar 1915 gegen die Anwendung von Phosphorlatwerge zur Mäuservertilgung gewichtige Bedenken erhebt, so muß diese Warnung erst recht bei der Rattenvertilgung Beachtung finden. Die chemische Umsetzung des Phosphors vollzieht sich nicht, wie vielfach angenommen wird, schon innerhalb weniger Tage, sondern sie tritt, wie das Reichsgesundheitsamt in seiner belehrenden Schrift über „Die Rattenvertilgung" angibt, erst nach zwei bis drei Monaten ein. In Form von Phosphorlatwerge, mit Mehl, Wasser, Fett und Zucker angerichtet, wird es naturgemäß längere Zeit dauern, bis sich das Gift in einem derartig hergestellten Brei in die ungiftige Form verwandelt, da der in demselben fein verteilte Phosphor zu einem nicht geringen Teil von Luftzutritt geschützt ist. Bei der Vorliebe der Ratten, leicht bewegliche Gegenstände, also auch Giftköder, zu verschleppen, bietet leider auch das Einsperren der gefährdeten Haustiere keinen genügenden Schutz vor Vergiftung. Hierzu kommt, daß die schädlichen Nager häufig die aufgenommene Phosphorlatwerge in den Krippen und Futtertrögen der Nutztiere erbrechen, wodurch sich für diese die Möglichkeit einer Vergiftung erhöht. Schließlich darf in der heutigen Zeit nicht außer acht gelassen werden, daß die dem Publikum zugänglich gemachten Phosphormengen zu verbrecherischen Zwecken ausgenutzt werden können, und daß bekanntlich schon wiederholt Mißbrauch damit getrieben worden ist.

Demgegenüber verdient auf Grund meiner annähernd 20jährigen Erfahrungen hervorgehoben zu werden, daß Meerzwiebelpräparate im Vergleich zum Phosphor ein sehr unschuldiges Vertilgungsmittel sind. Die gewöhnlichen Handelspräparate in Brocken-, Kuchen- oder Wurstform können allerdings in größeren Mengen gefressen Hunden schädlich werden, da die Meerzwiebeln einen schwankenden Giftgehalt besitzen, auf den die üblichen in jedem einschlägigen Geschäft erhältlichen Mittel bekanntlich nicht untersucht werden.

Es ist daher nur ein kontrolliertes, d. h. durch den Tierversuch ausgewertetes Meerzwiebelpräparat, wie es das „Ratinin" darstellt, zu gebrauchen, weil dasselbe einerseits für die Ratten hinreichend giftig, für nützliche Tiere aber relativ ungefährlich ist. Es sind mit diesem Mittel im Laufe der Jahre in den verschiedensten wissenschaftlichen Instituten Fütterungsversuche an großen und kleinen Haustieren, wie Pferden, Kälbern, Hunden, Kaninchen und Geflügel (auch Tauben) vorgenommen worden. Obwohl an diese Tiere unverhältnismäßig große Mengen „Ratinin" (bis 200 Kubikzentimeter je Tier) verabreicht worden sind, blieben sie nach den übereinstimmenden Berichten der Versuchsansteller während einer mehrwöchigen Beobachtungszeit völlig gesund. Andererseits haben die Nachprüfungen, die im vergangenen Jahre auf Beschluß des Arbeitsausschusses des Deutschen Pflanzenschutzdienstes u. a. auch mit „Ratinin" durchgeführt worden sind, seine zuverlässige Wirksamkeit gegenüber Ratten erneut bestätigt. So berichteten die Biologische Reichsanstalt sowie die Pflanzenschutzstellen in Dresden, Lübeck und Landsberg a. W. von „guten Erfolgen" und „erkannten das Präparat als sehr brauchbar" an.

Sowohl in landwirtschaftlichen Betrieben, bei Großvertilgungen in Städten hat das „Ratinin" den Erfolg der Phosphorauslegungen nicht nur dadurch erheblich übertroffen, daß es sehr gern von den Ratten aufgenommen wurde und infolgedessen zu einer nahezu völligen Entrattung geführt hat, sondern auch dadurch, daß in keinem Fall irgendwelche Verluste an nützlichen Tieren zu verzeichnen gewesen sind.

Aus diesem Grunde kommt das „Ratinin" in erster Linie für alle Grundstücke mit Tierhaltungen in Betracht. Selbst in zoologischen Gärten, in denen sich die Rattenbekämpfung erfahrungsgemäß besonders schwierig gestaltet, hat es sich gut bewährt, ohne nachteilige Folgen gezeitigt zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403162-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 16. März.

Vom Dienen

Sonntagsgedanken.

Jeder weiß, daß es ohne Arbeit und Dienen auf dieser Welt nicht geht, und doch möchte keiner gern dienen, denn es erscheint uns hart und unbequem, sich in den Willen anderer fügen und von ihnen abhängen zu müssen.

Es ist auch hart und hat schon manchem den Wanderstab in die Hand gedrückt zu freierem Leben, manchen ans Meer getrieben aus unserer mitteldeutschen Heimat hinüber in fremde Länder, wo er sein freier Herr sein wollte. Man erfährt immer nur von den wenigen etwas, denen es geglückt ist, die anderen schweigen und — dienen weiter, drüben den Fremden.

Wenn doch die Menschen nicht glauben wollten, es gäbe ein Herrschen ohne Dienen! Herrschen heißt Pflichten haben, und Pflicht ist Dienst nur von der anderen Seite gesehen. Schaut euch doch die großen Herren der Erde an! Sie sind keinen Augenblick freier als ihr auch. Ihr seht nur das Angenehme ihres Lebens: die Reisen in Auto und Extrazug, die großen Feste und die schönen Kleider; aber daß hinter diesen hübschen Dingen lästige Repräsentationspflichten stecken, die manchen Fürsten schon in die Einsamkeit getrieben haben, das wissen die wenigsten. Und wo ihr schon eure Ruhe gefunden habt, darf der Herrscher noch nicht an sich denken. Die Sorge beherrscht ihn. Auch Herrschen heißt Dienen.

Und wie viele Schwache, Elende und Betrübte gibt es, die unseren Dienst und unsere Hilfsbereitschaft noch in ganz anderem Sinne brauchen, sie, die ohne die Güte und das Mitleid ihrer Mitmenschen verkommen würden. Ihre bittenden Augen suchen deine Augen, ihre zitternden Hände deine gesunde, feste Hand. Entziehe dich ihnen nicht, du hast kein Recht dazu, denn daß du Arbeit hast und gesund bist, ist nicht dein Verdienst, trotz deinem Fleiß und trotz deiner Mäßigkeit.

Gerade die gegenwärtige deutsche Not macht es uns ja so klar, daß wir alle zu einer großen Familie gehören, deren Glieder sich untereinander helfen müssen. Laß dir den Dienst, den du auch ihnen erweisest, nicht zur Last sein. Doppelt tust du, was du freudig tust; den Hilflosen helfen, ist Gottesdienst.

S.

Aus der Partei

16. März, Sonntag, nachmittags 4 Uhr in Leubners Gasthof zu Riemberg öffentliche Versammlung. Rektor Herrmann spricht über „Was hat uns die Revolution gebracht?" Alle Männer und Frauen sind eingeladen.

17. März, abends 8 Uhr, Nähabend im Landesverband, Leipziger Str. 17.

17. März, abends 8 Uhr, Versammlung der Gruppe Mitte-West im St. Nikolaus, Nicolaistraße. Herr Schulrat Rajewski spricht über „Die kommende Reichstagswahl mit ihren Forderungen an uns". Alle Parteifreunde sind eingeladen. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

18. März, abends 8 Uhr große öffentliche Versammlung im Spiegelsaal des Wintergartens. Alle Parteifreunde haben die Pflicht, zu dieser öffentlichen Versammlung zu erscheinen und möglichst viele noch abseits stehende Volksgenossen mitzubringen. Einlaßkarten gibts nur an der Abendkasse. Es spricht der Reichstagsabgeordnete und Führer der Angestellten, Walter Lambach, Berlin, über das Thema „Völkisch und sozial-deutschnational". Männer und Frauen aller Parteien sind willkommen.

19. März, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Hausangestellten im Hause Reichardtstraße 3.

19. März, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Jugend in der Turnhalle der Friesenschule.

20. März, nachmittags 3 Uhr, Sitzung des großen Ausschusses im Stadtschützenhaus, Franckestraße. Tagesordnung: 1. Völkische Fragen, Prof. Stieve. 2. Die kommenden Wahlen, Schulrat Busse. Anschl. Aussprache.

20. März, abends pünktlich 7 Uhr, 1. Aufführung „Die Quitzows" von E. v. Wildenbruch durch die deutschnationale Schauspielgruppe im großen Thaliasaal. Vorverkauf in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10. Sehr billige Preise. Vereine haben weitere Ermäßigung bei geschlossenen Bestellungen.

21. März, Freitag, pünktlich abends 7 Uhr, 2. Aufführung „Die Quitzows" im großen Thaliasaal. Vorverkauf für diesen Tag ebenfalls in der Geschäftsstelle und an der Abendkasse.

22. März, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, Zusammenkunft der Jugend in der Turnhalle der Friesenschule.

24. März, Montag, abends 8 Uhr, Nähabend im Landesverband, Leipziger Str. 17.

26. März, Mittwoch, abends 8 Uhr, Unterhaltungsabend der Gruppe Süd-West im Hofjäger, Lindenstraße.

27. März, Donnerstag, abends 8 Uhr, große öffentliche Versammlung im Thaliasaal. Es spricht Graf Westarp über die politische Lage und die Wahlen und Beamtenfragen und Abbau. Der Vorverkauf beginnt am Freitag, den 21. März in den Verkaufsstellen der Halleschen Zeitung, Rühl, Poststr., Grimm, Geiststr., und Parteigeschäftsstelle, Alte Promenade 10.

Ablieferung der Mitgliedsbeiträge. Die Bezirksdamen liefern an die Gruppendamen ab am Dienstag, den 18. März und die Gruppendamen an die Leiterin am Dienstag, den 25. März.

In der Gruppe Mitte-West des Volksvereins Halle der Deutschnationalen Volkspartei sprach Freitag abend Dr. Seeligmüller über die kommenden Wahlen. Nach einem kurzen Nachruf auf den Reichstag kam er eingehend auf die Wahlen, das Wahlrecht, die Verhältniswahl, automatische Wahlliste, Wahlreform, sowie auf die Frage zu sprechen, wer ist wahlberechtigt, wer ist wählbar? An die eingehende Besprechung der Wahlkartei, der Wählerlisten, der Wahlvorschläge für den Kreis und das Reich und Mitteilung der Namen der Abgeordneten, welche bisher von den einzelnen Parteien aufgestellt sind, wurde die Einstellung der Deutschnationalen Partei zu den übrigen, besonders auch den Nachbarparteien kritisch beleuchtet und an alle Bürger die dringende Mahnung gerichtet, der durch die Deutschvölkische Freiheitspartei drohenden Zersetzung nach Kräften entgegenzuarbeiten und damit zur Einigung aller Völkischen beizutragen. Die Deutsche Volkspartei hat sich nach den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Kahl bewußt von den Rechtsparteien abgesondert. Der zweite Teil seiner Ausführungen galt den am 4. Mai bevorstehenden Kommunalwahlen und Mitteilungen über den zustandegekommenen nationalen Ordnungsblock, an welchem sich alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschvölkischen Freiheitspartei freudig unter bewußter Aufgabe ihrer Parteiziele beteiligen. Kurze Ausführungen über die Wahlorganisationen und die Anstellung des einzelnen zur Wahlarbeit schlossen den Vortrag, welcher zu einer längeren Aussprache führte, in welcher besonders die Notwendigkeit der Kleinarbeit von Frl. Pfanne eingehend erörtert wurde.

An alle tätigen Parteifreunde. Die Geschäftsstelle bittet alle Parteifreunde sich in die in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10, ausliegende Wahlhelferliste eintragen zu wollen. Gesucht werden aus den Reihen unserer Parteifreunde besonders Wahlvorsteher, Listenführer und Helfer und Helferinnen. Ferner werden alle Parteifreunde herzlich gebeten, von den im Parteibüro vorhandenen Propagandaflugblättern Gebrauch zu machen.

Nationale Theateraufführungen.

Leider hat unser Stadttheater in diesem Jahr noch wenig Aufführungen herausgebracht, die sich der national-völkischen Bewegung anpassen. Deshalb sind wir der Deutschnationalen Schauspielgruppe, die in sich eine große Anzahl junger Damen und Herren, die Lust und Liebe zur Schauspielkunst haben, vereinigt, äußerst dankbar, daß sie dem Verlangen großer Kreise im nationalen Lager Rechnung trug und sich mit Begeisterung an die Einstudierung nationaler Stücke heranwagten. Wir erinnern nur an „Väter und Söhne" und an „Erinny". Selbstverständlich können nicht solche Leistungen geboten werden, wie sie unser hiesiges Theater bietet, aber mit Lust und Liebe zur Sache hat es auch die deutschnationale Schauspielgruppe auf gute Leistungen gebracht. Zum dritten Male wird nun die Gruppe an die Oeffentlichkeit treten und zwar mit Ernst v. Wildenbruchs „Die Quitzows". Die Vorarbeiten wurden unter Leitung von Herrn Oskar Diete in selbstloser Weise mit Unterstützung einiger Mitglieder des Stadttheaters durchgeführt, so daß wir von den über 50 Mitwirkenden gute Darbietungen zu erwarten haben. Am Donnerstag, den 20. März, pünktlich abends 7 Uhr wird im großen Thaliasaal die erste und am folgenden Tage Freitag, den 21. März die zweite Aufführung stattfinden. Das Stück wird nicht nur den Parteimitgliedern geboten, sondern allen nationalen Kreisen und allen denen, die unsere nationalen Schauspiele gern aufgeführt sehen. Deshalb ergeht an alle vaterländischen Vereine und Verbände, an alle Parteifreunde und an alle Freunde der vaterländischen Aufführungen die dringende Bitte, diese beiden Vorstellungen zu besuchen. Der Preis, 50 Pfennig, ist für alle Besucher tragbar und dient nur zur Deckung der Kosten. Der Vorverkauf findet in der Geschäftsstelle der Partei, Alte Promenade 10, statt.

— **Versammlung der Deutschnationalen Arbeitergruppe.** Freitag abend hielt die Arbeitergruppe im Evangelischen Vereinshaus ihre Monatsversammlung ab. Nach der Begrüßung gedachte der 1. Vorsitzende mit warmen Worten des verstorbenen Generalsekretärs Michaelis. Die Versammlung erhob sich dem Verstorbenen zu Ehren von den Plätzen. Danach ging man zur Tagesordnung über. Die ersten 2 Punkte wurden schnell erledigt und befaßten sich mit der Organisation der Gruppe. Nunmehr sprach Arbeitersekretär Voigtländer, jetziger Nachfolger des Herrn Michaelis in Merseburg, über das Thema „Die politischen Parteien". Redner führte vor allem die Entstehung und Bedeutung der Parteien in klarer, sachlichen Worten vor Augen und forderte zum Schluß seines Vortrages alle Anwesenden auf, sich recht zahlreich an den bevorstehenden Wahlkämpfen zu beteiligen. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an. Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes beschloß die eindrucksvolle Versammlung.

— **Kirche und Zeitung.** In der evangelischen Kirche der Gegenwart macht sich mit Recht ein verstärkter Wille zum Dienst in der Oeffentlichkeit geltend. Was in der Provinz Sachsen im Jahre 1891 mit der Begründung des Evang.-Soz. Preßverbandes zuerst angefangen und durch den langjährigen Direktor Pastor Swierczewski mehr und mehr ausgebaut wurde, ist nun zu einem großen Baum geworden. Davon gab beredtes Zeugnis der Kursus über evangelische Pressearbeit, der von dem Evang. Preßverband für Deutschland, der Zentrale für die 32 Evang. Preßverbände, unter dem Vorsitz von dem früheren Oberpräsidenten für die Prov. Sachsen D. Dr. von Hegel-Merseburg soeben in Berlin abgehalten wurde. Der arbeitsreiche Kursus galt dem Verhältnis der Kirche zur Tagespresse und dem Wiederaufbau der kirchlichen Presse. Etwa 200 Schriftleiter ev. Blätter, Tagesschriftleiter, Pfarrer, Studenten aus allen Teilen des Reiches wie auch des Auslandes nahmen an ihm teil. Die Provinz Sachsen war besonders stark vertreten. Die Vorträge lagen in der Hand bewährter Zeitungsfachmänner, Preßverbandsleiter, Kirchenmänner und Professoren der Universität Berlin. Immer wieder wurde der einmütige Wille der ev. Kirche zur Oeffentlichkeit betont, um die Grundsätze ev. Christentums in allen Lebensverhältnissen durchzusetzen (Sonntagsfeier, soziale Fragen, Parteimoral). Als „Magistrat des öffentlichen Gewissens" geht die Zeitung mit der Schaffung einer gesunden sittlichen Atmosphäre unter Ehrfurcht vor der Religion mit der Kirche Hand in Hand. Eine Ausstellung der ev. Presse umfaßte 1097 Blätter des Inlandes und etwa 500 des Auslandes. Der Deutsch-Evangelische Licht- und Filmdienst des Preßverbandes veranstaltete zwei Vorführungen von Filmen und Rundfunk. Die Gründung eines zeitungswissenschaftlichen Seminars wurde gefordert und die eines Archivs für das Deutsch-Evang. Schrifttum beschlossen.

— **Zum Gedenken an die Abstimmung in Oberschlesien wird** von der Halleschen Bergkapelle am Donnerstag, nachmittags 4.30 Uhr auf dem Marktplatz ein Platzkonzert stattfinden.

Vereins-Nachrichten

Alle Deutsche, die in unseren Kolonien tätig waren, und diejenigen Deutschen, welche sich an dem Aufbau unserer Kolonialen Sache beteiligen wollen, werden gebeten, am Dienstag, den 18. d. M., abends 8¼ Uhr sich zu einer Besprechung im Vereinslokal, Haus der Deutschen Volkspartei, Gr. Steinstraße 37, einfinden zu wollen.

Hallische Filmschau

Das Walhalla-Lichtspieltheater hallt noch immer allabendlich wider von den Lachsalven, die die Leipziger Seidel-Sänger mit ihren stets neuen, vielseitigen Darbietungen erzielen. Diesmal ist es eine Posse sowie ein Gesangssketsch, der die Künstler in ihrem besten Können zeigt. Außerdem läuft ein Film „Das Schicksal einer anständigen Frau", der im Rahmen der üblichen Romanhandlung Bilder aus dem modernen Großstadt- und Gesellschaftsleben aufrollt — alte Motive, die aber immer wieder auf die große Masse wirken.

C.-T. Gr. Ulrichstraße. Der Harz liegt noch immer, obwohl wir die Iden des März bereits überschritten haben, in tiefem Schnee und bietet die schönsten Wintersportmöglichkeiten. Da sind also die herrlichen Aufnahmen von den großen Bob- und Skimeisterschaften, die im Januar und Februar dieses Jahres im Harz stattfanden, so recht am Platze und fanden das größte Interesse bei allen Sport- und Naturfreunden. Damit ist aber das neue Programm bei weitem nicht erschöpft. Ein sechsaktiger Film bringt Neues und Interessantes aus dem sensationellen Reiche der Kriminalistik, ein Lustspiel Stimmung und Humor.

U.-T., Leipzigerstraße. Wer Interesse hat an dem von so ziemlich aller Kultur losgelösten oder besser niemals davon befleckten Dasein der Familie, wer ferner gebildet genug ist, um auch in den primitivsten Vorgängen die psychologischen Punkte zu erkennen, wer schließlich den Kampf ums Leben in seinen ursprünglichsten, einfachsten Formen betrachten oder die Reize der eisumstarrten Polargegend genießen will, wird „Nanuk, der Eskimo" als eine Großtat der Filmkunst bewundern.

Wann gehe ich ins Stadttheater?

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
7½–10½ Der letzte Walzer	7½–10¼ Marquis von Keith	7½–10¼ Vater	6½–11½ Meistersinger von Nürnberg	7½–10 Marquis von Keith	7½–10½ Waffenschmied	6½–11½ Meistersinger von Nürnberg

Ausgezeichnete Aufnahmen erschließen das A und O jener uns fast ganz unbekannten Menschen, die mit ihren Polarhunden als treuen Freunden die Mühsale des hohen Nordens überwinden, um das naivste, vielleicht — glücklichste Tun zu entfalten in engster Anlehnung an Allmutter Natur. Humor, man denke, strahlt aus ihnen, und dieser Humor springt über auf die Zuschauer, haucht dem glitzernden Eise so etwas wie Wärme ein, verbindet geschickt Unterhaltung mit Belehrung. Kinogegnern zumal durchaus zu empfehlen, besonders denen, die sonst nie ins Kino gehen, aber es dennoch verurteilen.

U.-T., Alte Promenade. Der Publikumserfolg des Vielakters „Die große Unbekannte" findet im II. Teile des abenteuerlichen Filmes seine Fortsetzung. Originelle Gegenden Seebilder, Lissabon und andere oft gerühmte schöne Punkte unseres Planeten erstehen in ebenso schönen Bildern, während die Jagd nach dem verlorenen „großen Los" und nach dem geliebten José Caballero immer schärfer wird. Zwischenfälle mit überraschenden Lösungen häufen sich bis zur grotesken Unwahrscheinlichkeit; aber das Tempo bleibt flott, bleibt keck. Man amüsiert sich. Das ist ja ohne Zweifel der Zweck dieses Films, der demnach in Erfüllung geht. Ellen Richter spielt hier übrigens viel besser als ehedem, Georg Alexander behauptet seine Frische und Harry Hardt seine sichere Art; auch die Musikbegleitung ist besser geworden, ohne indessen schon die nötige Güte zu bieten. Ein heiterer Einakter „Papa hypnotisiert" gefällt durch das muntere Spiel sämtlicher Mitwirkenden.

Volkswirtschaft

Zum Otto Wolf-Konflikt

Nach den bei Gründung der Deutsch-Russischen Handels-A.-G. zwischen der Sowjetregierung und Herrn Otto Wolf abgeschlossenen Verträgen stand der Sowjetregierung unter gewissen Voraussetzungen das Recht zu, die im Eigentum des Herrn Otto Wolf befindlichen Aktien der Deutsch-Russischen Handels-Aktien-Gesellschaft zu erwerben. Die Sowjetregierung hat nunmehr von dieser ihr zustehenden Option Gebrauch gemacht. Wie verlautet, hat nun eine Generalversammlung der Deutsch-Russischen Handels-Aktien-Gesellschaft stattgefunden, in welcher in Konsequenz des veränderten Besitzes die Abberufung des Herrn Otto Wolf aus dem Aufsichtsrat und der von ihm entsandten Vorstandsmitglieder beschlossen worden ist.

Die Leistung des Braunkohlenbergbaues im Rositz-Meuselwitzer Revier im Februar 1924. Wie das Thür. Statistische Landesamt mitteilt, wurden im Februar 1924 643 953 Tonnen (Vormonat 659 464 Tonnen) Rohkohle gefördert. Davon wurden 95 269 Tonnen (116 311 Tonnen) als solche abgesetzt. An Briketts wurden 179 732 Tonnen (169 496 Tonnen) erzeugt. Der Rohkohlenabsatz hat nachgelassen. Die Nachfrage nach Briketts war günstiger als wie im Vormonat. Das Mißverhältnis zwischen Rohkohlenabsatz und Brikettproduktion wurde dadurch ausgeglichen, daß mehrere Werke die übrig behaltene Rohkohle, die nicht gestapelt werden kann, Sonntags zu Briketts verarbeiteten. So konnte am Montag wieder voll gefördert werden. Aus Tagebauen stammten 64 Prozent der Gesamtförderung. Die durchschnittliche tägliche Leistung auf den Kopf der Gesamtbelegschaft betrug im Februar 3,38 Tonnen (3,38 Tonnen). Die Gesamtarbeiterzahl erhöhte sich um 221 Mann. Die Abraumbetriebe konnten bei dem Froste nur 547 172 Kubikmeter (434 868 Kubikmeter) Abraum bewegen, arbeitstäglich 21 887 Kubikmeter (20 477 Kubikmeter). Das Verhältnis der aus Tagebauen geförderten Kohlenmenge zu den in diesen Betrieben bewegten Abraummassen wurde für Februar zu 1:1,32 (1:0,97) berechnet.

Erweiterung des Minoux-Konzerns. Der frühere Generaldirektor der Stinnes-Unternehmungen und jetzige Mitinhaber der Bankfirma Jacquier u. Securius, Minoux, hat die Majorität der Deutsch-Rumänischen Petroleum-A.-G. in Berlin erworben. Die Gesellschaft, deren Aktien an der Börse nicht gehandelt werden, ist in der Hauptsache ein Handelsunternehmen und besitzt in Lichtenberg eine moderne Tankanlage.

Schiffsverkehr auf der Saale. (Mitgeteilt von der Reederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle a. S.) Angekommen am 14. März Eildampfer „Alsleben" mit Stückgut von Hamburg.

Metalle.

Berlin-Oberschöneweide, 14. März. (Wochenbericht der Deutschen Metallhandel A.-G.) In den ersten Tagen der Berichtswoche blieb die Stimmung am Weltmetallmarkt ziemlich unverändert. Kupfer und Zinn konnten sogar unter Schwankungen eine Kleinigkeit anziehen, während Blei und Zink ihren Preisstand beibehielten. Am Donnerstag trat jedoch ganz plötzlich eine Abschwächung ein, durch welche sämtliche Preise mit Ausnahme von Zink, das seinen Preis halten konnte, im Kurse gedrückt wurden. Trotzdem blieb die Stimmung, besonders für Kupfer, ziemlich zuversichtlich. Das Geschäft in Deutschland hat durch den einigermaßen befriedigenden Ausfall der Leipziger Messe eine kleine Belebung erfahren, doch halten sich die Käufe des Konsums noch immer in bescheidenen Grenzen. Die Londoner Notierungen vom 14. März d. J. betragen: Kupfer prompt 67¼ Pfund Sterling, 3 Monate 68⅛ Pfd. Sterling, Zinn prompt 285, 3 Monate 284½, Blei, nahe Sichten 37¾, entfernte Sichten 36⅞, Zink, nahe Sichten 35[11]/[16], entfernte Sichten 35[11]/[16] Pfd. Sterling.

Bezugspreise des Kleinhandels,

festgestellt von der amtlichen Lebensmittel-Notierungskommission am Freitag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr. Die Preise verstehen sich für 50 Kilogramm in Goldmark frei Bahn oder Haus Halle, in Originalpackungen, mittlere Qualitäten; im Auspack erhöhen sich die Preise um 6 Prozent. Mühlenfabrikate: Gerstengraupen, grob, lose 17,50, Haferflocken, mittel 17,75, Weizengrieß, mittel 18,50, Kartoffelmehl 18,75, Schnittnudeln, in Pap.-Säck. 22,50, Maccaroni a. Hartgrieß, lose 39; Hülsenfrüchte: Bohnen, ungar. Mittel- 24, Viktoria-Erbsen I. 20, Viktoria-Erbsen II. 17,75, Linsen, russ. kl. Mittel- 32, Linsen, russ. gr. Heller 42; Reis: Burma II. 19, Bruch, grob 15,75; Früchte: Korinthen 72, Sultaninen, extriss. Caraburnu 83, Sultaninen, Kiup Caraburnu 86, Pflaumen, bosn. 95/100er i. Kist. —, Pflaumen, bosn. 110/120 er i. Kist. 40, Pflaumen, fränkische i. Säck 32, Ringäpfel, prime evaporated 95, Mandeln, süße, ausgewogen 150, Mandeln, bittere, ausgewogen 132; Gewürze: Pfeffer, schwarz 101, Pfeffer, weiß, Muntok 140, Piment, Jam. 77, Kümmel, holl. 145, Canehl, ganz 220, Zimmt, gem. 123; Kaffee: Guatemala, prima, roh 252, Guatemala-prima, geröst. 330, prime Santos, roh, 205, prime Santos, geröst. 263, hochf. Costa Rica, roh 290, Gerste, her. lose 18; Tee: Souchong, lose, i. Kist. 316, Ceylon, lose, i. Kist. 455, Speiseöl in 15 Kg.-Kannen 68, Schmalz, amerikan. 72, Zucker, inländ. Melis 40, Kunsthonig 42, Cornedbeef p. Kiste = 12 Dosen à 6 Pfd., engl. 39; Heringe: Deutsche, sort. 700/750 p. To. 62, Norweger, sort. 7/800 p. To. 28,50, Holländer, sort. 7/800 p. To. 62, Yarmouthmatfulls 7/800 p. To. 70.

Newyork, 15. März. Eröffnungskurs Dollarparität **4.469.**

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft und Mitteldeutschland: Hermann Huth; für Lokales, Kunst und Unterhaltung und Sport: Dr. Erich Bellheim; für den Anzeigenteil: Paul Jordan, sämtlich in Halle. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 68, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403162-14/fragment/page=0003

Deutsche Stimmen in die Zeit

Wochenbeilage der Halleschen Zeitung

Nr. 7 | Halle / Saale | 1·9·2·4

Wollen und Können

„Alle Kraft des Menschen wird erworben durch Kampf mit sich selbst und Ueberwindung seiner selbst.“ (Fichte.)

„Tue das Vollkommenste, was durch dich möglich ist.“ (Kant.)

„Es soll nicht genügen, daß man Schritte tue, die meist zum Ziele führen, sondern jeder Schritt soll Ziel sein und als Ziel gelten.“ (Goethe.)

Aus Friedrichs des Großen Tagewerk

Von Clara Tuch.

Alles, was vom Alten Fritz übermittelt wird, interessiert ein echtes Preußenherz. Es gab auch eine Zeit, wo das Ausland, vor allem Rußland, die Person des Königs höchst bemerkenswert fand und Beschreibungen seines Lebens und Schaffens sehr gesucht waren.

Vornehmlich Kaiser Paul I. galt als „fritzisch“ und auf einen Befehl mußte der Baron von Diebitsch allerlei Aufzeichnungen von Friedrichs Tagewerk machen. Wie gewissenhaft und genau der Baron diesem Befehle nachkam, sei im folgenden zu beurteilen, das einen Teil der Berichte an den Russenherrscher ausmacht.

Daß Potsdam der Ort war, den der große König zu seiner Residenz gewählt hatte, ist bekannt; aber auch hier war der Aufenthalt in dem Schlosse von Potsdam nur vom Monat Oktober bis in den April und richtete sich in Absicht der früheren oder späteren nach der Witterung. Se. Majestät blieben, so lange es die Witterung nur erlaubte, gern in Sanssouci, doch nie bis in den Monat November und zogen ebenfalls, sobald es sich nur tun ließ, von dem Schlosse in Potsdam nach Sanssouci, aber niemals vor Anfang oder Mitte des April; wenn nicht etwa Krankheit hierbei eine Veränderung vorschrieb. Ich erinnere mich in den letzten Jahren, daß Se. Majestät einmal sehr spät in die Stadt kommen konnten; und daß Sie sich in der Nacht von dazu befehligten Leuten in einem wohlverwahrten Gardinenbette aus dem Schlosse von Sanssouci nach dem von Potsdam tragen ließen, so daß niemand in Potsdam von der Ankunft des Königs wußte. Wenn aber Se. Majestät gesund waren, so wurde an dem Tage der Veränderung des Aufenthalts gemeiniglich mit der Garnison exerziert, dem Se. Majestät beiwohnten und sich dann nach den Logement begaben. Mehrenteils bezogen Se. Majestät im Monat Juli das Neue Palais, besonders, um daselbst den Besuch Königlicher Geschwister oder anderer hoher Fürstlichkeiten zu empfangen, indessen blieb für Se. Majestät Sanssouci immer der Lieblingsort zu dero Aufenthalt. Es hatte auch dieses Sanssouci wegen seiner Lage, der gesünderen Luft und weiteren offenen Aussicht vor den Neuen Palais viel voraus, nur fehlte es an Platz wenn mehrere Freunde, als die gewöhnlich zur Unterhaltung Sr. Majestät bestimmt wurden, da sein sollten; deswegen in den letzten Jahren das große Orangeriehaus rechts bei Sanssouci zu dergleichen Logements eingerichtet und für die Orangerie ein anderes Gebäude ohnweit davon aufgeführt wurde, worin Se. Majestät, solange noch die Orangerie darinnen stand, zu promenieren liebten. Ebenso gab Sanssouci auch der linker Hand gelegenen Bildergalerie einen Vorzug.

In diese Galerie gingen Se. Majestät ebenfalls oft, zuweilen mit jemand von Ihren Gesellschaftern, zuweilen aber auch nur ganz allein, bloß von Ihren Favorithunden begleitet, und betrachteten die verschiedenen Tableaus. Sie unterhielten sich auch zuweilen mit dem ersten Galerieinspektor Oesterreich, der einige Kenntnisse von Tableaus hatte, oder mit dem zweiten Inspektor Brandenburg, dem eigentlich die Aufsicht über den Bau und Unterhaltung der Bildergalerie und der davor liegenden grottierten Rampe nebst dazu gehörigen Pavillons aufgetragen war.

Zu den Promenaden Sr. Majestät, die Sie zuweilen allein, zuweilen in Begleitung Ihrer Gesellschafter, sowohl vor- als nachmittags machten, hatte Sanssouci das Angenehme für Se. Majestät, daß Sie sowohl von der Sonne als von dem Schatten in der Nähe profitieren konnten, deswegen der große König auch den Brunnen lieber in Sanssouci als im Neuen Palais brauchten. Se. Majestät mochten sein wo Sie wollten, so war der Morgen den Staatsgeschäften und den militärischen Uebungen, der Mittag bei dem Genuß von Nahrung nach dem angenehmsten Geschmack und munterer und lustiger Unterhaltung und der Nachmittag außer den Unterschriften wie der Abend den Künsten, Wissenschaften und geselligen Leben gewidmet; die Stunden der Nacht sorgenloser Ruhe, um am folgenden Morgen desto heiterer zu den wichtigsten Geschäften zu erwachen. Se. Majestät wachten dabei stets für alles im großen und ganzen und ob Sie schon Miene machten nicht in die Detaille zu gehen, so konnte doch niemand sagen, daß Sie sie ganz unterließen, nur ein Exempel dann und wann, wo Se. Majestät, sowohl im Militär als Zivil, in die kleineste Detaillie entrierten, hielt jeden in seiner Ordnung und minderte die Geschäfte Sr. Majestät.

Es ist bekannt, daß dieser große König, wenn er gesund war, außerordentlich früh aufstanden, oft im Sommer gleich nach drei Uhr, selten später als vier Uhr, im Winter vielleicht eine Stunde später. Se. Majestät speisten nie spät abends und legten sich auch gemeiniglich noch vor zehn schlafen. Sie schliefen, wenn Sie gesund, gut und ruhig; daher fünf bis sechs Stunden hinreichten, den Körper wieder zu stärken. Sie befahlen allezeit, wann Sie geweckt sein wollten, aber Sie wachten immer von selbst gegen die Zeit auf; daher auch derjenige, so die Stelle des Geheimen Kämmerers vertrat, mit den von dem Ersten Kabinettsrat in einem versiegelten Kuvert eingesandten Briefen schon immer früher in offenstehenden Vorzimmer parat stand. Entweder um mit den kleinen Lakaien, die Wache hatten die befohlene Zeit zum Wecken abzuwarten, oder sobald seine Majestät Hier! riefen, vor das Bett des Königs zu treten. Dieses Bett hatte gemeinhin hellblaue silberstoffene Gardinen, aber Se. Majestät hatten auch, wenn Sie krank waren, bloß ein Bettgestell wie ein Ruhebett. Ersteres stand gemeiniglich so, daß das Kopfende gegen die Wand stand, in welcher ohnweit davon der Kamin war, worin das Feuer von dem wachthabenden Lakai auch durch die Nacht unterhalten wurde. Hatten nun Se. Majestät gerufen, oder wurden Sie geweckt, so übergab der, so die Stelle des Geheimen Kämmerers oder ersten Kammerdieners vertrat, zuerst das Paket mit den Briefen. Dieser Kämmerer war zuweilen, wie Zeising, ein Kammerlakai, mehrenteils ein Husar wie Rüdiger, Thesen und Ohmann. Thesen hatte sich die Ungnade des Königs zugezogen. Der Adjutant des ersten Bataillons Garde, von Kessel, übergab ihm die Ordre, daß er zum Bataillon von Rehdig als Tambour abgegeben werden sollte, worauf Thesen antwortete, er wolle sich nur seinen Hut aus dem Nebenzimmer holen und sich hier erschoß; weil er seinen König verlassen sollte. In dem schon erwähnten übergebenen Paket waren alle Briefe, die mit adligen Petschaften versehen oder nach den Postberichten von Adligen abgegeben worden und sowohl in Berlin durch einen reitenden Feldjäger in der Nacht an den ersten Geheimen Kabinettsrat gebracht, von der Potsdamer Post aber an denselben eingeschickt wurden, eingeschlagen und versiegelt.

Se. Majestät öffneten das Kouvert höchstselbst und ließen den Kämmerer einen Brief nach dem andern, wo bei Sie noch im Bett blieben, erbrechen, lasen jeden Brief und befahlen wo derselbe hingelegt werden sollte. Zuweilen wurden von diesen Briefen einige in den ohnweit entfernten Kamin von Sr. Majestät geworfen, ohne daß jemand weiter etwas von deren Inhalt erfuhr und wußte auch der Kämmerer mit acht haben, daß ein solcher Brief auch vollständig verbrannte, sowie er keinen Blick in einen geöffneten Brief werfen durfte. Diejenigen Briefe wo Se. Majestät gelesen hatten und beantwortet werden sollten, wurden auf ein nebenstehendes Taburett einer über den andern, einige davon aber auch auf den Schreibtisch des Königs gelegt. Wenn sämtliche Briefe gelesen und erledigt worden waren, wurden sie wieder in Gegenwart Sr. Majestät in ein Kuvert geschlagen, versiegelt und so dem ersten Geheimen Kabinettsrat zugestellt. Die beiden Geheimen expedierendn Kabinettsräte waren deswegen so früh, als Se. Majestät geweckt zu werden befohlen hatten, schon auf das Schloß gekommen und hatten alle übrigen eingegangenen Berichte, Vorstellungen und Anzeigen sämtlicher Departements, sowie alle Suppliken der Unadligen bei sich und davon einen Extrakt gemacht. Sie teilten nun die von Sr. Majestät gelesenen Briefe unter sich, nachdem sie eines jeden Departement betrafen, um sie hernach Sr. Majestät nochmals vorzutragen.

Wenn Se. Majestät die Briefe gelesen, standen Sie auf und zogen gleich Stiefeln an, die nicht gewichst sein durften und daher oft sehr rot aussahen. Auch trugen Se. Majestät nie ganz neue Stiefeln, sondern es mußten solche vorher von einem Ihrer Leute einige Tage getragen werden; ein neuer Hut aber mußte im Kopf so weich gerieben werden, daß er schon einem alten glich, wenn Se. Majestät ihn aufsetzten, einen solchen Hut hatten Sie allemal auch im Zimmer auf.

Hebbels Persönlichkeit

Eduard Hanslick über den Dichter.

Friedrich Hebbels Persönlichkeit ist längst fest umrissen. Neue charakteristische Züge seines Wesens an seinem Gesamtbild zu entdecken, fällt schwer und vermag nur liebevollem Eingehen in alle Einzelheiten dieses Dichterlebens zu gelingen. Dieser Aufgabe hat sich Paul Bornstein unterzogen, der uns in zwei stattlichen — soeben im Propyläen-Verlag zu Berlin erschienenen — Bänden als Ergebnis zehnjährigen Sammlerfleißes „Friedrich Hebbels Persönlichkeit“, in Gesprächen, Urteilen, Erinnerungen gespiegelt, vor Augen führt. So trägt Bornstein Aeußerungen Eduard Hanslicks, des scharfsinnigen und geistvollen Wiener Kritikers, bei, die in ihrer scharfen Charakteristik von Hebbels Wesen und Persönlichkeit ungemein bezeichnend sind.

„Ein ausgezeichneter Mann“, so schreibt Eduard Hanslick, mit dem ich im Jahre 1848 und später noch häufig verkehren durfte, war Friedrich Hebbel. Im juridischen Leseverein lernte ich ihn auf seltsame Weise kennen. Ich war einen Augenblick von meinem Sessel aufgestanden und hatte auf dem Lesetisch einen Kommentar des Strafgesetzbuches offen liegen lassen. Zurückkehrend fand ich Hebbel auf meinem Sitz installiert und vertieft in einen heiklen Paragraph des Kriminalkodex. Ich sah ihm eine Weile zu und sprach ihn endlich an. Sein Interesse an allem, was Verbrechen betrifft, verstand ich sehr wohl, und da ich in seinen Dramen genau Bescheid wußte, war bald ein langes Gespräch im Zuge. Eigentlich ein Monolog Hebbels. Der geistvolle Mann war ein Virtuose des mündlichen Vortrags und schwelgte augenscheinlich im Selbstgenuß dieser Virtuosität. Ich habe kaum jemanden, der stets Eigentümliches, Tiefgedachtes zu sagen wußte, es so formvollendet, so druckreif vortragen hören. Nicht ein Wort hatte er zu korrigieren, nicht ein Interpunktionszeichen fehlte. Es war ein seltener Genuß, Hebbel zuzuhören. In diesem Genuß empfand ich nur eine Eigentümlichkeit Hebbels störend: er kam sprechend dem Angeredeten immer näher und näher, bis diesen der Hauch seines Mundes berührte. Ich wich meistens unmerklich immer mehr zurück, bis ich mit dem Rücken an der Wand lehnte und nicht weiter konnte. Dabei pflegte Hebbel den Kopf langsam, taktmäßig, nach rechts und links zu wiegen und mit der rechten Hand zu agieren. Mit seinen wunderbar schönen blauen Augen schien er dem anderen tief ins Innerste zu bohren. Hebbels Gespräch hatte stets etwas Dozierendes, fast Predigendes. Mit einer Zwischenfrage oder Gegenbemerkung durfte man ihn nicht unterbrechen, ohne dazu aufgefordert zu sein. Er wollte nur Zuhörer, nicht Mitsprecher. Nur die zustimmende Aufmerksamkeit seiner Hörer war ihm wertvoll, nicht deren eigene Meinungen. Ich hatte bei aller Verehrung für Hebbel doch stets die Empfindung, es seien ihm alle Menschen seiner Umgebung eigentlich gleichgültig in ihrem Wohl und Wehe und nur existierend als mehr oder minder würdige Gefäße für die Aufnahme seiner Gedanken. Die faszinierende Kraft seiner Gedanken, seiner Unterhaltung ließ anfangs jedermann sich gern mit der untergeordneten Rolle bescheiden, zu welcher Hebbel seinen Gast herabwürdigte. Aber auf die Länge verträgt selbst der aufrichtigste Verehrer nicht die völlige Annullierung der eigenen Persönlichkeit. Die in Hebbels Hause verkehrenden jüngeren Männer schränkten mit der Zeit ihre Besuche ein und benutzten irgend einen nicht zu vermeidenden Zusammenstoß mit Hebbels tyrannischer Laune, um unmerklich auszubleiben. Hebbel strafte dies mit dem Ausspruch: „Wenn die Äpfel reif sind, fallen sie ab.“ In jenem ersten Jahrzehnt von Hebbels Wiener Leben waren Robert Zimmermann und ich sehr gern bei Hebbel gesehen. Erst später kamen Emil Kuh, Debrois, Julius Glaser u. a. an die Reihe. Er lud uns beide häufig in seine Stadtwohnung, im Sommer auch nach Penzing ein, wenn er ein neues Werk aus dem Manuskript einem kleinen Kreise vorlas. So hörten wir ihn „Herodes und Mariamne“, den „Rubin“, den „Diamant“, „Agnes Bernauer“ vorlesen.

Von Hebbels aufbrausender Empfindlichkeit machte ich gleich am Anfang unserer Bekanntschaft manche Erfahrung. Im juridischen Leseverein war mir das neueste Heft der „Tübinger Jahrbücher“ zuerst in die Hände gefallen, worin ein ernster kritischer Aufsatz von Fr. Vischer über Hebbels „Judith“ und „Maria Magdalena“ stand. Der Aufsatz enthielt neben begründeten Einwürfen doch auch volle Anerkennung von Hebbels genialer dramatischer Kraft und mußte, wie mir schien, als das Urteil des bedeutendsten und berühmtesten Esthetikers für Hebbel von Wichtigkeit sein. In meiner Unschuld brachte ich Hebbel, der im Nebenzimmer saß, das Heft. Ich kannte noch nicht die ganze Reizbarkeit seines Selbstgefühls, das absolut keinen Tadel vertrug. Nachdem er den Aufsatz gelesen, kam er in zorniger Erregung dicht an mich herangeschritten: „Junger Mann!“ herrschte er mich an, „wenn Sie mir noch einmal eine Wespe ins Gesicht setzen wollen, so werde ich Ihnen dafür ein ganzes Wespennest bringen.“ Sprachs und ließ mich ganz niedergedonnert stehen. Ich hatte eine Kritik von Vischer doch für mehr angesehen als einen Wespenstich und Hebbels künstlerischen Ernst und Wahrheitsdrang für größer als seine Eitelkeit.

Später schien er sein barsches Auftreten zu bereuen; er kam nach einer Stunde beruhigt wieder und erklärte mir, daß man von einem schaffenden Poeten alles Störende, Verletzende fernhalten müsse. „Goethe“, schloß er, „hatte einen eigenen Beamten angestellt, der die Zeitschriften durchsehen und alles beseitigen mußte, was ihn in üble Laune versetzen konnte. Und Goethe hatte Recht.“

Zu den Gegenständen seines besonderen Hasses gehörten Julian Schmidt und Gutzkow. Eines Tages betraf mich Hebbel auf der Lektüre einer sensationellen neuen Flugschrift von Gutzkow, „Deutschland am Vorabend seiner Größe oder seines Falles“. — „Junger Mann!“, fuhr er wieder zornig los, „mit was für Zeug verderben Sie Ihre Zeit? Merken Sie: man muß nur zweierlei Schriften lesen; will ich mich über die Fabrikation von Stiefeln belehren, so lese ich das Werk eines Schusters, also eines Fachmannes. Alles übrige nur von den wahrhaft großen, führenden Geistern der Literatur. Gutzkow ist ein niederträchtiger Bursche!“ Ein andermal war von Goethe die Rede; meine ungemessene Bewunderung für „Faust“ veranlaßte Hebbel zu folgenden Worten: „Goethe ist unser größter Lyriker, bleibt unerreichbar als Lyriker. Als Dramatiker ist er ein Kind gegen mich.“

Für Malerei und Plastik hatte Hebbel, wie seine Tagebücher aus Rom beweisen, eigentlich gar kein Interesse; nur eine Kunst war ihm noch gleichgültiger: die Musik. Daß Hebbel eine durchaus unmusikalische Natur war, konnte ein feines Gehör allenfalls schon aus seinen Gedichten vermuten, in welchen so wenig Wert auf Wohlklang gelegt scheint . . . Auch die Schönheiten der Natur vermochten Hebbel, dessen Geist nur an psychologischen Problemen Nahrung fand, nicht nachhaltig zu fesseln. Als er ein kleines Landhaus in Gmunden angekauft hatte, war es mit der Freude an dem Besitz bald vorüber. „Ach, wie glücklich müssen Sie sich in dieser herrlichen Landschaft fühlen!“ apostrophierte ihn ein Bekannter. „Lassen Sie mich mit dem ewigen Naturgenuß in Frieden“, erwiderte Hebbel gereizt, „ich esse keine Maikäfer, ich esse Menschen.“

Karls des Großen Geburtsstätte

Um die Ehre, Karls des Großen Geburtsstätte zu sein, streiten sich eine ganze Reihe deutscher Orte. Mit Sicherheit wird diese historische Frage heute wohl kaum mehr zu lösen sein, da nicht anzunehmen ist, daß noch irgendwelche Urkunden aus jener Frühzeit auftauchen. Unter den Städten, die als Geburtsort des großen Kaisers in Frage kommen, ist auch die hübsche Münchener Vorstadt Gauting. In einer Handschrift, die in Weihenstephan aufgefunden wurde, erzählt ein Mönch des 15. Jahrhunderts folgendes über die Geburt des Kaisers:

Um das Jahr 740 residierte der Vater Karls, König Pipin, auf der Burg zu Weihenstephan bei Freising. Da kamen eines Tages Boten zu ihm vom König von Britannia oder Kärling (Bretagne), der ihm sagen ließ, er habe eine Tochter, „die was jung und stark“. Die wolle er ihm zur Frau geben, wenn er noch keine habe. Pipin war nicht abgeneigt und bat um „die Gestalt der Jungfrau gemahlt“. Der König von Kärlingen sandte denn auch ein Bildnis seiner Tochter. Pipin, der Gefallen an ihr fand, zeigte das Bild seinem Hofmeister, dem „roten Ritter“, der in Schwaben begütert war. Der bestärkte den König in seiner Absicht. Allerdings hatte er einen Hintergedanken dabei, denn er hatte eine Tochter, die dem Bild der bretagnischen Königstochter glich. Die wollte er „unterschieben“. Pipin sandte nun seinen Hofmeister, dem er ein golden Ringlein für die Königstochter mitgab, nach Kärlingen, um diese nach Weihenstephan heimzuholen.

Als der „rote Ritter“ nun mit der Königstochter in das „Mühlthall kam, wann dieselbe Gegniß recht eine Wildnis was“, befahl er zweien seiner Knechte, die Königstochter in den Wald zu führen und dort zu ermorden. Die beiden ließen sich aber durch die Bitten der Frau erweichen und schenkten ihr das Leben, nachdem sie ihnen geschworen hatte, daß sie über ihre Herkunft keinem Menschen etwas erzählen werde. Dem Hofmeister brachten sie zum Beweis des ausgeführten Mordes das Zünglein des Lieblingshündchens der Königstochter und ihre blutbefleckte Kleidung. Bertha, so hieß die Königtochter, irrte lange im Wald umher und kam dann zu einem Köhler, der sich in die Reismühle bei Gauting brachte. Dort lebte sie völlig verborgen. Dem Müller dankte sie für die Aufnahme dadurch, daß sie aus Seide und Goldfaden allerlei Borten fertigte, die der Müller in Augsburg verkaufte.

Eines Tages nun verirrte Pipin sich auf der Jagd in der Nähe von Gauting. Mit seinem einzigen Begleiter, einem „Philosophus“ (Sterngucker) kam er schließlich in die Reismühle. Gegen Abend erklärte nun der Sterngucker, daß er heute noch zu seiner Gemahlin käme. Pipin schüttelte den Kopf. Das möge wohl nicht stimmen, denn Weihenstephan liege doch zu weit ab. Später sah er Bertha, deren vornehmes Wesen ihm auffiel. An dem Ring, den er ihr mitgeschickt hatte, erkannte er sie als seine Gattin, nahm sie aber noch nicht mit nach Freising, da er einen Kriegszug nach Sachsen vor hatte und dazu seinen mächtigen Hofmeister sehr notwendig hatte. Während des Kriegszuges nach Sachsen wurde ihm nun in der Reismühle ein Sohn geboren, der nach der Weissagung seines „Philosophen“ ein mächtiger Herr werden würde. Auch nach seiner Rückkehr ließ Pipin Bertha und ihren Sohn bei dem Müller. Dort wuchs Karl mit den Buben der Gautinger Bauern auf. Karl soll dann den Tod eines Altersgenossen verschuldet haben, und nun brachte der Müller, um ihn vor den Nachstellungen des Vaters des getöteten Buben zu schützen, auf das Schloß Pähl. Von dort kam Karl nach Weihenstephan.

Soweit der Mönch. Das klingt sehr romantisch, und es ist kein Wunder, wenn man diese Handschrift nicht als Quellenmaterial gelten lassen will. Im Eingang zu seiner Erzählung sagt der Mönch: „Kaiser Carolus ist geboren als man zählte 742 Jahr zu Karlsburg auf dem Schloß am Würmsee, drei Meilen oberhalb München, wie dann die Einwohner solches noch heutigen Tages sagen, auch bezeugts ein ganz Buch, so vom Kaiser Carolus beschrieben und zu Weihenstephan im Kloster auf dem Berg noch vorhanden.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192403162-14/fragment/page=0004